Änderungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997 – Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6006, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 06

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die folgenden Titel des Einzelplanes 06 werden ersatzlos gestrichen:

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Höhe der Einsparung (in Mio.DM)
06 02	686 04-172	Beitrag an das Generalsekretariat der Benelux-Wirtschafts- union in Brüssel (Durchführung des Schengener Übereinkommens	1,28
0610	686 05-042	Leistungen an internationale Organisationen und Leistungen im Zusammenhang mit nationalen Mitgliedschaften:	
	-	1. EUROPOL	4,98
		2. Büro für die zentrale Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem	2,35
0633		Verfahrensunterstützung für Schengen/Dublin-Asyl-Fälle (SEDAS):	
	513 55	Datenfernübertragung	0,09
	515 55	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	0,03
	525 55	Aus- und Fortbildung, Umschulung	0,01
	532 55	Kosten für Aufträge und Dienstleistungen	0,3
	812 55	Erwerb von Datenverabeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Software	0,1
Gesamtsumme der Einsparung durch Streichungen in Einzelplan 06:			9,14

Bonn, den 26. November 1996

Ulla Jelpke

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die hier bezeichneten Haushaltsmittel sollen dem Ausbau von EUROPOL dienen, einer außerhalb demokratischer Kontrolle arbeitenden Polizeibehörde. Auch im Rahmen des Schengener Übereinkommens wird lediglich auf der Ebene von Regierungszusammenarbeit die verstärkte Abschottung gegenüber Flüchtlingen sowie die – aus bürgerrechtlicher Sicht äußerst bedenkliche – Ausweitung der Überwachung der Bevölkerung durch eine schengenweit intensivierte Polizeikooperation organisiert.

Das Schengener Durchführungsübereinkommen sowie die Vereinbarung über die "European Drug Unit" sollten gekündigt, die EUROPOL-Konvention nicht ratifiziert werden.